Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk lirası 1.50	R. M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mukabili.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44,606.
Posta Kutusu: Istanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krug

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Mr 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi-Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

8. Jahrgang Nr. 33 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Istanbul, Donnerstag 9. Februar 1933

Wahlvorbereitungen.

Geplante Listenverbindungen.

Berlin, 8. Febr. (A.A. nach W.T.B.)

Die Bemühungen der Regierungsgruppen, bei der kommenden Reichstagswahl mit einer Einheitsliste hervorzutreten, sind gescheitert.

*

Man versucht jetzt, einen christlich-nationalen Wahlblock zu bilden, dem alle Parteien der Rechten, mit Ausnahme der Nationalsozialisten, d. h. also die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Christlichsozialen, die Deutsche Bauernpartei, der Bayerische Bauernbund und der „Stahlhelm" angehören sollen.

Der Vizekanzler v. Papen dürfte sich darum bemühen, diese Lösung zustande zu bringen, deren Hauptvorteil darin bestehen würde, daß auf diese Weise die über 60.000 oder ein Vielfaches davon hinausgehenden Stimmen der verschiedenen beteiligten Parteien auf eine Reichsliste gesammelt und so unter Umständen weitere Mandate errungen werden können.

Der erwähnte Block dürfte wenigstens 75 Mandate erhalten.

Falls die Deutschnationalen eine Beteiligung an diesem Block ablehnen sollten, würde man versuchen, wenigstens die übrigen Rechtsparteien zusammenzufassen, wobei es sich um ungefähr 20 Mandate handeln würde.

Berlin, 8. Februar.

Die Parteiausschüsse der Sozialdemokraten und der Staatspartei haben beschlossen, eine technische Listenverbindung einzugehen, aber getrennt in dem Wahlkampf für die Reichstagswahl und die preußische Landtagswahl zu gehen.

Bis jetzt 14 Parteien.

Berlin, 8. Febr. (A.A nach W.T.B.)

Bis jetzt haben 14 Parteien Wahlvorschläge für die kommenden Reichstagswahlen eingereicht.

Die Kandidatenlisten etwaiger neuer Parteien müssen dem Reichsinnenminister zur Prüfung vorgelegt werden, da nach den neuen Wahlrechtsbestimmungen — wie gemeldet — für die Gültigkeit eines Wahlvorschlages die Unterschriften von 60.000 Wählern erforderlich sind.

Der Rundfunk im Wahlkampf.

Berlin, 8. Februar.

Wie der Reichsinnenminister heute mitteilt, werden für die Benutzung des Rundfunks im Wahlkampf die gleichen Bestimmungen wie bisher aufrecht bleiben.

Das bedeute, daß die Benutzung des Rundfunks im Wahlkampf von und für Parteien ausgeschlossen bleibe.

Der Innenminister teilt ferner mit, daß im politischen Leben stehende Persönlichkeiten selbstverständlich über staatspolitische und wissenschaftliche Fragen im Rundfunk sprechen können.

Der König von Schweden in Berlin.

Berlin, 8. Febr. (A.A. nach W.T.B.)

Der König von Schweden ist in Berlin eingetroffen und stattete heute mittag dem Reichspräsidenten einen Besuch ab.

Der König will am Abend nach Nizza weiterreisen.

Kabinettssitzung.

Berlin, 8. Februar.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung eingehend mit einer Reihe von Fragen finanz- und wirtschaftspolitischer Natur, sowie mit Maßnahmen zur Linderung schwerer wirtschaftlicher und sozialer Schäden.

Die Beratungen werden fortgesetzt werden, wenn die zuständigen Ministerien die Möglichkeiten der Durchführung und Finanzierung nachgeprüft haben.

Erklärung Hitlers an die Presse.

Bern, 8. Februar.

Reichskanzler Hitler empfing heute, wie die Schweizerische Depeschenagentur meldet, Vertreter der deutschen Tageszeitungen.

Der Reichskanzler erklärte den Pressevertretern, er bedauere sehr, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Pressefreiheit habe eingeschränkt werden müssen.

*

Hitler gab ferner seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es in 10 Jahren keinen Marxismus mehr in Deutschland geben werde.

Er selbst werde erst von seinem Platz abtreten, wenn er seine Mission als erfüllt ansehe.

Seldte Kommissar für den Arbeitsdienst.

Berlin, 8. Februar.

Wie aus Kreisen des „Stahlhelms" mitgeteilt wird, wird Reichsarbeitsminister Seldte auch das Reichskommissariat für freiwilligen Arbeitsdienst übernehmen.

Neue Probefahrt der „Deutschland"

Kiel, 8. Februar.

Der neue Panzerkreuzer „Deutschland" unternahm heute wieder eine Werft-Probefahrt in die Ostsee, die von 8 Uhr morgens bis 19 Uhr dauerte.

Die Fahrt ist planmäßig und störungsfrei verlaufen.

Wirtschaftsfragen im bayerischen Landtag.

München, 8. Februar.

Im Bayerischen Landtag gelangten heute ein sozialdemokratischer Antrag auf Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfswirtschaft und ein nationalsozialistischer Antrag auf Verstaatlichung der bayerischen Großbanken zur Abstimmung.

Die Aussprache spitzte sich immer mehr auf eine politische Auseinandersetzung zu und es kam wiederholt zu stürmischen Szenen zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Nationalsozialisten.

Der Präsident ermahnte schließlich die Nationalsozialisten, sich etwas ruhiger zu verhalten, wie es früher üblich gewesen sei.

Auf stürmisches Zwischenrufen der Nationalsozialisten: „Ja früher!" erwiderte der Präsident, daß sich früher in diesem Hause jeder gesittete Mensch wohl gefühlt habe.

Diese Bemerkung rief neuerlich starke Unruhe hervor und es dauerte geraume Zeit bis die Verhandlungen wieder weitergeführt werden konnten.

Ein kommunistischer Redner, der Hitler vorwarf, er habe seinen 4 Jahresplan von den Bolschewiken entlehnt, wurde von einem nationalsozialistischen Abgeordneten scharf zurechtgewiesen.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgewiesen, dagegen der nationalsozialistische Antrag auf Verstaatlichung der bayerischen Großbanken gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei, des Bauernbundes und der Kommunisten angenommen.

Lippe-Detmold.

Detmold, 7. Februar.

Der neue Lippische Landtag trat heute nachmittag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Zum Präsidenten wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Bürgerlichen der nationalsozialistische Abgeordnete Helms gewählt, drei weitere nationalsozialistische Abgeordnete wurden zu Mitgliedern der Regierung gewählt.

Trauerfeier für Apponyi.

Budapest, 8. Februar.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde heute eine Trauerfeier für den verstorbenen Grafen Apponyi abgehalten.

In seiner Gedenkrede nannte der Präsident des Abgeordnetenhauses den Grafen Apponyi eine der größten Gestalten der ungarischen Geschichte.

Ministerpräsident Gömbös feierte den Dahingegangenen als den beharrlichen Vertreter der Idee „Gerechtigkeit für Ungarn".

Auch der Führer der Opposition würdigte die großen Verdienste, die sich der Verstorbene um Ungarn erworben habe.

Empfänge beim Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident beschäftigte sich gestern mit seinen gewohnten Arbeiten im Palast Dolma Bagtsche. Gegen Abend empfing der Staatspräsident den Besuch des früheren Chediven von Aegypten, Abbas Hilmi Pascha.

Der türkische Botschafter in Berlin, Kemalettin Sami Pascha, der gestern aus Brussa in Stambul eingetroffene Generaldirektor des Sicherheitswesens, Tewfik Hadi Bej, der Dichter Abdülhak Hamit Bej und Pertew Pascha begaben sich gleichfalls zum Palast, um dem Staatspräsident ihre Aufwartung zu machen.

Afganischer Besuch erwartet.

Ankara, 8. Februar (A.A.)

Wie verlautet, wird der Bruder des afganischen Königs, in ungefähr 10 Tagen über Bagdad mit dem Taurus-Express direkt nach Ankara fahren und dort einige Tage Aufenthalt nehmen. Der Gast wird dann nach Stambul fahren und nach kurzem Aufenthalt seine Reise fortsetzen.

Kabinettskrise in Belgrad?

Belgrad, 8. Februar.

In politischen Kreisen Jugoslawiens spricht man von einer kommenden Kabinettskrise.

De Valera irischer Ministerpräsident.

Dublin, 8. Februar.

Die neue irische Kammer wählte heute mit 82 gegen 54 Stimmen De Valera zum Ministerpräsidenten.

Ein Abgeordneter der Regierungspartei, der De Valera zum Präsidenten vorschlug, hob in seiner Rede hervor, er hoffe, daß De Valera bald Staatspräsident des irischen Freistates werden möge, des Freistates, der ganz Irland umfasse, denn von Rechts wegen sei auch Ulster ein Bestandteil Irlands.

Der Führer der Oppositionspartei, der frühere irische Ministerpräsident Cosgrave führte aus, daß die irische Industrie nicht gedeihen könne, solange die irische Landwirtschaft durch die Haltung De Valeras gegenüber England so schwer geschädigt werde.

Von der Londoner Parlamentssitzung.

London, 8. Februar.

Macdonald gab auf Anfrage bekannt, daß die *Weltwirtschaftstagung* frühestens in drei Monaten zusammentreten könne. Ein endgültiger Beschluß über dem Zeitpunkt des Zusammentritts der Tagung müsse noch von ihrem vorbereitenden Ausschuss gefasst werden. Er selbst sei vom Völkerbundsrat ersucht worden, den Vorsitz zu übernehmen.

Zur irischen Frage erklärte der Kolonialminister auf eine Anfrage, die englische Regierung wünsche eine friedliche Regelung des Streites auf der Grundlage der eingegangenen Verpflichtungen.

Zur *Abrüstungskonferenz* äusserte sich Sir John Simon dahin, daß den englische Plan das beste Mittel sei, um die Abrüstungskonferenz erfolgreich zu beenden.

Schließlich kündigte der Minister für *Indien* die baldige Veröffentlichung eines Weißbuches an, mit Vorschlägen der englischen Regierung für eine indische Verfassung.

Gandhis Frau verurteilt.

Bombay, 8. Febr. (A.A.)

Gandhis Frau wurde vom Polizeigericht in Borsad wegen Gesetzesübertretung und Nichtbezahlung der Einkommensteuer zu 6 Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 Rupien, an deren Stelle im Nichteintreibungsfalle weitere 6 Monate Gefängnis treten, verurteilt.

Der Zwischenfall beim Gebetsruf.

Verhaftungen.

Amtliche Mitteilung:

Ankara, 8. Febr. (A.A.)

Das Ministerpräsidium teilt folgendes mit:

Der Justizminister und der Innenminister haben die Ergebnisse ihrer Untersuchungen in Brussa und der von ihnen an Ort und Stelle ergriffenen Maßnahmen dem Ministerrat unterbreitet.

Die abgegebenen Erklärungen über den Charakter des Zwischenfalls sowie die ergriffenen Maßnahmen wurden gebilligt.

Der Zwischenfall und seine Bedeutung sind durch Mitteilung des Staatspräsidenten aufgeklärt worden.

Die republikanischen Gerichte werden die Untersuchungen fortsetzen.

*

Istanbul, 9. Februar.

In Stambul wurde gestern der Prediger der Ulu Dschami in Brussa, Tewfik Efendi auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft von Brussa in einem Hotel in Sirkedschi verhaftet. Tewfik Efendi wird im Laufe des heutigen Tages unter polizeilicher Aufsicht nach Brussa überführt werden.

*

Brussa, 8. Februar (Tel.)

In Verbindung mit dem Zwischenfall in der Ulu-Dschami wurden hier heute zwei weitere Männer namens Kusudschu Dschemal und Lutfi verhaftet.

*

Izmir, 8. Februar.

Es hat sich herausgestellt, daß der zwecks Untersuchung seines geistigen Zustandes in Polizeigewahrsam genommene und unter ärztliche Aufsicht gestellte Hüsnü, der kürzlich vor einer Moschee auf Arabisch zum Gebet rief, nicht geisteskrank ist, wie dies zuerst angenommen wurde. Hüsnü wurde auf Veranlassung des Strafrichters verhaftet.

Allgemeine Mißbilligung.

Istanbul, 8. Febr. (A.A.)

Anläßlich des am 1. Februar erfolgten häßlichen Vorgehens einiger Reaktionäre in Brussa gegen die Abhaltung des Gebetsrufes auf Türkisch gehen beim Staatspräsidenten aus allen Gegenden des Landes zahlreiche Telegramme ein.

*

Kütahia, 8. Februar. (A.A.)

Der Zwischenfall von Brussa hat hier allgemeine Mißbilligung hervorgerufen. Ab heute wurde in der Stadt und ihrer Umgebung türkische Gebetsrufe allgemein eingeführt.

Die türkisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen.

Erklärungen des Botschafters Kemalettin Sami Pascha,

Der türkische Botschafter in Berlin, der nach längerem Erholungsurlaub sich anschickt, auf seinen Posten zurückzukehren, hat einem Vertreter der Zeitung „Cumhuriyet" eine Unterredung gewährt, in der er sich vor allem über die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Deutschland äussert. Aus dieser Unterredung geben wir die nachstehenden Ausführungen auszugsweise wieder:

Zwar sind unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland aufgrund unserer Verträge enge und gepflegte, aber das schließt nicht aus, daß sie noch enger gestaltet und weiter entwickelt werden, dergestalt, daß wir aus den gegenseitigen Absatzgebieten noch größere Vorteile ziehen als bisher.

Wie bekannt, haben zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die entstanden sind, seinerzeit Besprechungen zwischen dem Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium Atif Bej und dem Leiter des Handelsamtes, DschemalBej, einerseits und den zuständigen deutschen Stellen andrerseits stattgefunden. In diesen Besprechungen ist von einem neuen Handelsabkommen auf der Grundlage der gegenseitigen Verrechnung die Rede gewesen. Deutscherseits hat man damals größtes Entgegenkommen in Aussicht gestellt, sodaß ich bei Wiederaufnahme der Verhandlungen mit einem baldigen Erfolge glaube rechnen zu dürfen.

Ausserdem bedürfen gewisse deutsche Vorschläge hinsichtlich türkischer Bahnbauten der Prüfung und der Bearbeitung.

Alles in Allem glaube ich, daß Deutschland für uns einer der besten Absatzmärkte sein kann, denn es führt in großem Umfange Rohstoffe, Gemüse und Früchte ein. Deutschland muß auch auf diesem Gebiete unser größter Abnehmer werden, wie es heute schon für Tabak der Fall ist.

Im Jahre 1932 sind 500 Waggons Tomaten nach Deutschland ausgeführt worden und Griechenland konnte zu befriedigenden Preisen ansehnliche Mengen kernfreier Trauben aus Kreta in Deutschland absetzen. Das zeigt, welche Entwicklungsmöglichkeiten der deutsche Markt heute noch bietet.

Paul-Boncour und Deutschlands Abrüstungsbestrebungen

Genf, 8. Februar.

Im Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz wurde heute die mehrtägige Aussprache über den französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan abgeschlossen.

Als letzter Redner sprach Paul-Boncour, der u. a. den Nachweis zu führen versuchte, daß der französische Sicherheits- und Abrüstungsplan vollständig den seit dem Genfer Protokoll von 1924 durch den Völkerbund gefassten Beschlüssen und Richtlinien entspreche.

Der französische Aussenminister wiederholte, daß seine Regierung auf dem Standpunkt stehe, Abrüstung und Sicherheit seien untrennbar miteinander verbunden. Das gegenwärtige Sicherheitssystem reiche nicht aus und nur der französische Plan könne zu einer Lösung der Abrüstungsfrage führen.

In den Kreisen der deutschen Abordnung wird betont, daß die Aufgabe der Abrüstungskonferenz nicht in der Schaffung neuer Sicherheiten bestehe, sondern in der Erreichung von Sicherheit durch allgemeine Abrüstung.

Von Deutschland und den übrigen durch die Friedensverträge entwaffneten Staaten werde die Forderung erhoben, daß ihre verlorene Sicherheit durch die Abrüstung der anderen Staaten wiederhergestellt werde oder aber durch einen wirklichen Rüstungsausgleich. Der französische Plan wolle nicht die Abrüstung, sondern führe nur zu neuer Aufrüstung und stehe daher in direktem Gegensatz zu der seinerzeit von allen Mächten übernommenen feierlichen Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung.

Die Verfolgung des meuternden Kreuzers.

Batavia, 9. Febr. (A.A.)

Ein Funkspruch des meuternden Kreuzers „De Zeven Provincien" besagt:

„Wir werden uns unter den Bedingungen unseres früheren Funkspruchs ergeben".

Der Funkspruch ist unterzeichnet: „Die europäische und eingeborene Besatzung". Weiter heißt es: „Wollen Sie die Staatsbehörden unterrichten, daß unter uns keine kommunistischen Bestrebungen herrschen und daß wir keine Gewaltakte beabsichtigen. Wir wollen nur gegen die Soldkürzung und die Verhaftung unserer Kameraden Einspruch erheben. An Bord ist alles wohl."

*

Haag, 9. Febr. (A.A.)

Man rechnet heute oder morgen mit der Einholung des meuternden Kreuzers.

Es wird die sofortige bedingungslose Uebergabe gefordert werden. Bei dem geringsten Widerstand wird auf „De Zeven Provincien" geschossen werden.

Kosakenschicksal.

Moskau, Anfang Februar.

Die Lage im Nordkaukasus, einem der wichtigsten Getreidegebiete des Sowjetstaates, hatte sich im Laufe der Herbst- und Wintermonate erheblich verschärft. Die Getreideablieferungen der Kollektivwirtschaften und der Einzelbauern blieben sehr stark hinter den Voranschlägen zurück, ein Umstand, den die Sowjetpresse auf offene Sabotage der Getreidekampagne durch die Bauern zurückführte. Besonders schlimm ist die Lage im Kuban-Gebiet des Nordkaukasus gewesen, wo man bereits von einem Lieferstreik der Bauernschaft sprechen konnte. Hinzu kam noch, daß die Zersetzung der nordkaukasischen Parteiorganisation offenbar sehr weite Fortschritte gemacht hatte. Die Parteizellen des Gebiets verbrüderten sich vielfach nach Angaben der Sowjetpresse mit den „Kulaken" (Großbauern) und leisteten gegen die Untergrabung der politischen und wirtschaftlichen Autorität der Behörden keinen Widerstand. Dies führte bereits vor der allgemeinen „Säuberung" der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu einer scharfen Durchsiebung der Parteimitgliedschaft im Nordkaukasus, in deren Ergebnis über 30 % des Mitgliederbestandes dem Ausschluß aus der Partei verfielen. Starke Kräfte der G.P.U. wurden nach dem Nordkaukasus verlegt, gegen Kosakendörfer wurden scharfe Repressalien verhängt und die Bevölkerung einiger Dörfer des Kuban-Gebiets soll zwangsweise ausgesiedelt und nach dem Norden des Sowjetstaates verschickt worden sein. Die Bildung der sogenannten Politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen, die als Aug und Ohr des Staates und der Parteileitung auf dem flachen Lande fungieren sollen und denen ebenfalls Vertreter der G.P.U. beigegeben werden, wird im Nordkaukasus mit besonderer Eile durchgeführt.

Die Bevölkerung des Nordkaukasus, die zum großen Teil aus Kosaken besteht, galt schon immer der Moskauer Zentrale als besonders unzuverlässig. Die Kosaken hatten im Rahmen des alten zarischen Rußland eine besondere Stellung eingenommen, genossen weitgehende Freiheiten und Vergünstigungen, bildeten im Verband der alten Zarenarmee eigene sogenannte „Kosakenheere" mit weitgehender Selbstverwaltung, die Kosaken waren auch meistens Leibeigene gewesen und führten als besonders treue Stützen des Regimes der Zaren das Leben einer bevorrechteten Bevölkerungsgruppe und Militärkaste. Es ist verständlich, daß diese bäuerliche Militäraristokratie sich nur widerstrebend mit den Zwangsmaßnahmen der Sowjetregierung auf dem Gebiete der „Sozialisierung der Landwirtschaft" abfinden konnte und zum Teil sich heute noch nicht abgefunden hat. Ueberdies verfügen die Kosaken des Nordkaukasus nach Ansicht Moskauer leitender Kreise teilweise nach wie vor über sehr enge Verbindungen mit den „weißen Generälen".

Dies alles hat die Sowjetregierung zu ausserordentlich scharfen Maßnahmen veranlasst, die eine Art Ausnahmezustand im Nordkaukasus zur Folge haben. Das entsprechende Dekret des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion berechtigt die lokalen Behörden, die „bäuerliche Bevölkerung im Wege der Arbeitsdienstpflicht zu mobilisieren", um die Durchführung der Frühjahrsaussaat, die Beseitigung der Verunkrautung der Felder usw. sicherzustellen. Dies bedeutet die Einführung der Zwangsarbeit auf dem flachen Lande für breite Schichten der Bauernschaft. Auch gegenüber den Kollektivwirtschaften des Nordkaukasus wird sehr energisch durchgegriffen. Zur Festigung der Arbeitsdisziplin in den Kollektiven soll jede Arbeitsversäumnis und „böswillig-nachlässige Bearbeitung des Bodens" seitens der Kollektivmitglieder „schonungslos" bestraft werden. U. a. ist als Strafe der Ausschluß aus der Kollektivwirtschaft vorgesehen, der für den betreffenden Bauern eine Vernichtung jeder Existenzmöglichkeit bedeuten kann. Der Rat der Volkskommissare und das Zentralkomitee der kommunistischen Partei warnen alle Partei- und Sowjetorgane des Nordkaukasus, sowie alle Leiter der Sowjetlandgüter und